

PROTOKOLL

Datum:	16.03.2020
Beginn:	19:00 Uhr
Ende	20:15 Uhr
Ort:	Gemeindesaal, Eichhornstr. 4 – 5
Anwesende	Jürgen Ostländer, Heiko Flieger, Frank Deichmann i. V. von Annett Wolf, Dr. Claus Weßlau, Manfred Schulze, Martin Sperling
Gäste	Herr Pöschk, Frau Rubenbauer, Herr Eberst, Herr Gutzeit, Herr Grochowiak und Herr Maratzschek – Irisgerd GmbH Frau Luckau (Protokollführerin)

Herr Ostländer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er sieht es als notwendig an die Sitzung durchzuführen, da er der Meinung ist, dass der Ausschuss die Pflicht hat, die Haushaltssatzung so zu schaffen, dass diese dann auch durchgeht. Er hat einige Sachen herausgesucht, die eventuell machbar sind.

Zum zweiten hat er Herrn Grochowiak von der Firma Irisgerd GmbH eingeladen, um mit ihm über Alternativen zur Schaffung von 100 Kitaplätzen sprechen zu können.

Er stellt die Beschlussfähigkeit fest, es fehlt nur Frau Kolbatz-Thiel.

Die Protokolle der letzten Sitzungen müssen in der nächsten Sitzung bestätigt werden.

Die TOP´s 1, 4 und 5 werden auf die nächste Sitzung verschoben, da Herr Ludwig krank ist.

TOP 1 – Informationen der Verwaltung

- entfällt -

TOP 2 – Haushaltssatzung 2020

- Darstellung der Vorstellungen der Verwaltung, an welchen Stellen die fehlenden Mittel eingespart werden können, um den Haushalt auszugleichen

Herr Ostländer teilt mit, dass es um 3.000 € geht, die zu viel im Haushalt eingetragen wurden.

Herr Flieger hatte bei der letzten Sitzung den Eindruck, dass es zwischen Herrn Ludwig und Herrn Schmidt nicht abgestimmt war. Somit würden die Diätenerhöhungen auch noch hinzukommen und damit eine höhere Differenz als 3.000 € entstehen.

Herr Ostländer sagt, dass er vor diesem Hintergrund sich Positionen rausgesucht habe, wo man eine Summe von 4.000, 5.000 oder 10.000 € herausstreichen kann.

Das könne sich die Verwaltung morgen aussuchen. So könnte morgen die Haushaltssatzung beschlossen werden, sagt Herr Ostländer.

Er möchte seine Vorschläge vorstellen und wenn sich der Ausschuss einigt, könnte er an die Gemeindevertretung die Empfehlung geben, den Haushalt mit folgenden Änderungen zu beschließen.

Herr Dr. Weßlau gibt zu bedenken, dass sie nicht genau wissen, wie hoch das Defizit ist und kein kompetenter Ansprechpartner da ist. Weiterhin stehe die Haushaltssatzung nicht auf der Tagesordnung der morgigen GV-Sitzung.

Man wisse weiterhin nicht, ob der Kämmerer morgen wieder gesund ist.

Er sieht es auch als wichtig an, würde es jedoch lieber noch etwas hinauszögern, bis jemand da ist, der dazu eine Auskunft geben kann. Er findet es aber gut, wenn man Vorschläge bei der Verwaltung einreicht.

Frau Rubenbauer sagt, dass die Verwaltung, aufgrund des noch nicht beschlossenen Haushaltes, arge Schwierigkeiten habe überhaupt noch arbeiten zu können. Es sollte der Gemeindevertretung ein leichtes sein, morgen die Änderungsvorschläge der Haushaltssatzung kurz anzusprechen, auch wenn man morgen nicht zu einem Beschluss kommt.

Fakt ist, so Frau Rubenbauer, dass sich der BGM aus der gesamten Haushaltsvorbereitung vollkommen rausgenommen hat. Er habe gesagt, macht ihr das als Gemeindevertreter. Sie ist sich sicher, dass Herr Ostländer genau weiß, welche Mittel zur Disposition stehen und wie groß die Lücke ist. Sie sagt, er solle seine Vorschläge vorstellen und jedem Mitglied mitgeben. Vielleicht finden die Fraktionen morgen die Möglichkeit, jeder für sich, sich dazu Gedanken zu machen.

Sie gibt zu bedenken, dass es aufgrund der Corona-Situation zur Schließung der Verwaltung und zum Ausfall von Sitzungen kommen kann und der Beschluss des Haushaltes somit noch längere Zeit in Anspruch nehmen würde.

Sie habe mit Herrn Schmidt abgesprochen, dass der HA und die GV-Sitzungen weiter stattfinden, sofern nicht ein gänzlich Verbot ausgesprochen wird.

Alle Ausschusssitzungen werden vorerst nicht stattfinden. Dies dient als Vorsichtsmaßnahme, die durch das Gesundheitsamt angeraten wurde.

Herr Ostländer stellt seine Vorschläge vor:

- Bürger- und Verwaltungsdienst (S.: 15):
Aufwendungen Gemeindemarketing und Werbemittel von 0 € auf 45.000 € in 2020 hochgesetzt -> er sieht hier Möglichkeiten einzusparen, in welcher Größenordnung auch immer (Pos. 11140 / 44616000)
- Bürger- und Verwaltungsdienst (S. 15):
Tourismusbroschüre von 0 € auf 6.000 € -> könnte man um die Hälfte reduzieren (Pos. 54317000)
- Liegenschaftsmanagement (S. 31):
Erwerb Aufbauten Franz-Künstler-Str. 6 -> Abriss soll durchgeführt werden
- im April letzten Jahres beschlossen, da lag die Summe bei 2.300 € für die Anschaffung
- jetzt auf 15.000 € hochgesetzt worden
- er schlägt vor, den Abriss auf nächstes Jahr zu verschieben

Die Verwaltung soll überprüfen, inwieweit diese Positionen so dringlich seien, dass sie unbedingt gehalten werden müssen. Sie könne es dann in der GV vorstellen.

Frau Rubenbauer ist dafür, die Position „Tourismusbroschüre“ komplett zu streichen. Sie merkt an, dass im Vereinshaus kistenweise Tourismusbroschüren liegen.

Herr Flieger merkt an, dass der Kämmerer damals erklärt habe, dass er manche Positionen nur richtig zugeordnet hat, dort wo sie hingehören.

Es könne sein, dass die 45.000 € für einen Zweck verwendet werden, aber vorher falsch bezeichnet wurden.

Er war bei der letzten FA-Sitzung nicht dabei und habe nur mitbekommen, dass der Haushalt bei der letzten GV dann verrutscht ist. Er hatte den Eindruck, dass der Kämmerer davon ausgegangen ist, dass nach der letzten FA-Sitzung alles besprochen wurde und somit einen Haushalt fertig gemacht hat. Es kam ihm so vor, dass Herr Ludwig von den Eilanträgen überrascht war und diese nicht berücksichtigt wurden. Die Frage ist, ob alles das, was in der letzten GV neu reingebracht wurde, wirklich sein muss, oder ob man den Haushalt auf den vorherigen Stand, als er noch ausgeglichen war, zurücksetzen kann, so Herr Flieger.

Herr Ostländer entgegnet, dass es so nicht war. In der Finanzausschuss-Sitzung wurde jeder einzelne Antrag vorweg besprochen. Herr Ludwig wusste, was auf ihn zukommt. Die Ausschussmitglieder hätten ihm gesagt, was sie verändern werden. Herr Ostländer hätte es erwartet, dass man sich dann Gedanken macht.

Herr Deichmann erkundigt sich, ob es überhaupt eine berechtigte Chance gibt, morgen zu erfahren, wie groß das Defizit ist. Er denkt, man wird auch morgen keinen Abschluss finden, wenn die gleichen Grundvoraussetzungen vorliegen.

Herr Ostländer antwortet, dass die Aussage in der GV war, dass das Defizit 3.000 € beträgt. Daraufhin schlug er vor, gemeinsam etwas rauszusuchen, was gestrichen werden kann, jedoch wollte man das seitens der Verwaltung nicht.

Abstimmung:

JA-Stimmen: 4

*Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Weiterleitung an die Verwaltung / GV.
Die Verwaltung soll prüfen, ob diese Positionen gestrichen bzw. gekürzt werden können.*

TOP 3 – Umbau des Vereinsheimes

- ***Sachstand der Planung. Informationen zur Ausschreibung, Darstellung der wesentlichen Eckdaten, die in die Ausschreibung aufgenommen werden sollen***

Herr Ostländer erklärt, dass es darum geht, dass dringend ein Kindergarten mit 100 Plätzen benötigt wird. Die Gemeinde habe nur noch bis Februar 2021 Zeit, diese Plätze zu besorgen. Er sagt, die Idee war, das Vereinsheim umzubauen. Man gehe bisher dabei von 4,2 Mio. € Kosten aus. Weiterhin gebe es eine andere Aussage über mehr als 8 Mio. € Kosten. Die genaue Summe wissen wir nicht, so Herr Ostländer. Er sagt, Herr Grochowiak, hatte einmal geäußert, dass er womöglich auch einmal einen Kindergarten bauen würde. Er erteilt Herrn Grochowiak das Wort.

Herr Grochowiak sagt, dass es bei einer Altbausanierung Kostenrisiken gibt, die man möglicherweise in einem Neubau nicht hat. Seine Firma hatte sich bereits mit dem Thema Kita beschäftigt. Das Architekturbüro, was die Planung in Bestensee gemacht hat, sei mit einem Teil auf öffentliche Bauten, Schulen und Kindergärten spezialisiert. Er sagt, die modulare Bauweise sei nicht unbedingt preiswerter, aber schneller.

16. März 2020

Sie haben damals die Kosten einer Kita mit 70 Plätzen schätzen lassen. Ohne Erschließungskosten würden die Kosten bei rund 1,75 Mio. € liegen. Zuzüglich Erschließungsmaßnahmen und Planungskosten würden am Ende rund 2 Mio./2,1 Mio. € Kosten entstehen. Wenn man das auf 100 Plätze hochrechnet, kostet 1 Kindergartenplatz ca. 25.000-27.000 € und man läge dann bei ca. 2,6-2,9 Mio. €. Hierbei sei es egal, um welche Bauweise es sich handelt. Die modulare Bauweise dauert etwas länger in der Planung, jedoch sei die Errichtung innerhalb von 8 Wochen möglich, wenn die Erschließungsmaßnahmen vorbereitet sind. Am Ende hängt die Summe von der Innenausstattung ab. Herr Grochowiak fasst zusammen, dass mit Kosten zwischen 25.000 € und 30.000 €, je nach Ausstattungsqualitäten, zu rechnen ist.

Sie haben ein Tauschgrundstück erworben, das 110.000 €, für 20.000 m² Fläche gekostet hat. Sie würden das Grundstück 1:1 mit der Forst tauschen. Die Forst würde dann zusätzlich rund 80 € pro m², als Abgabe dafür, dass man aus einer Wald- eine Baufläche macht, erhalten.

Herr Dr. Weßlau erinnert, dass pro Kind 10 m² Freifläche eingeplant werden müssen. Herr Grochowiak ist sich dessen bewusst. Er sagt man benötigt bei 100 Kindern somit eine Freifläche von 1100 m² und 1000 m² für das Gebäude. Wenn man großzügig baut, benötigt man insgesamt ca. 2500 m². Bei einer Berechnung mit 110 € pro m² entstehen Kosten für das Grundstück von rund 270.000 €.

Herr Flieger erkundigt sich nach dem Zeitfaktor.

Herr Grochowiak antwortet, dass er dazu nichts sagen kann, weil sie seit 2 Jahren das Tauschgrundstück besitzen und daran hängen, dass ein städtebaulicher Vertrag mit der Gemeinde benötigt wird. Dieser wird für den Forst benötigt, damit dieser tauscht. Seine letzte Info ist, bevor man das Thema Straße bei dem neuen Wohngebiet nicht geklärt hat, gibt es auch keinerlei Gespräche über einen städtebaulichen Vertrag für die Kita. Diese Aussage wurde von Herrn Quasdorf getätigt.

Es gehe hierbei darum, dass die Fa. Irisgerd aus dem städtebaulichen Vertrag, die Übertragung ihrer Straßen an die Gemeinde hat. Der ehemalige Erschließungsplaner, hatte die Unterlagen nicht rechtzeitig bei der Gemeinde abgegeben.

Nun haben sie die BEV damit beauftragt. Die BEV habe die Unterlagen in der letzten Woche bei der Gemeinde abgegeben.

Er sagt die Bauzeit mit Vorbereitung, Erschließung und bauen beträgt 6-8 Monate. Dazu müssten sie jedoch erst einmal in der Verfügungsgewalt eines Grundstückes sein, so dass ein Bauantrag gestellt werden kann.

Er merkt an, dass wenn die Kita bis Februar 2021 benötigt wird, man sehr schnell sein müsste.

Man könnte auf dem Grundstück auch einen deutlich größeren Kindergarten bauen. Der Vorteil der modularen Bauweise ist, dass man die Module einfach erweitern kann, sagt Herr Grochowiak.

Herr Ostländer möchte wissen, ob es möglich wäre, wenn man ein anderes Grundstück nimmt, mit einer Kita und Schule anzufangen und es dann nach und nach zu einem Schulzentrum zu erweitern.

Herr Grochowiak bejaht dies. Es ist der Sinn der modularen Bauweise, dass man sowohl erweitern als auch reduzieren kann. Die Funktionsgebäudekörper lassen sich auch schneller einer anderen Nutzung zuführen.

Herr Dr. Weßlau findet es gut, dass man heute mal darüber redet, jedoch ist ihm das alles zu unkonkret. Er merkt an, dass das Vereinshaus bereits der Gemeinde gehört. Die Fläche ist auch völlig ausreichend. In diesem Gebäude würde man auch noch eine Schule unterbekommen. Er gibt zu bedenken, dass so wieder neu gekauft werden müsste und man vor dem Problem stehe, was man mit dem Vereinshaus macht, weil es dort durchregnet.

Frau Rubenbauer sagt, dass das Problem ist, dass es keine Zusammenarbeit mit der Verwaltung gibt. Der Beschluss für das Vereinshaus wurde gefasst und Haushaltsmittel wurden freigegeben. Dies geschah jedoch erst 3 Monate später. Zu diesem Zeitpunkt lag der Antrag von der Verwaltung beim Bildungsministerium bereits seit längerer Zeit vor. Der Antrag, der dort im Bildungsministerium vorliegt, sagt eindeutig aus, keine 100 Kitaplätze. Man sei bei dem Bildungsministerium überrascht gewesen, als Frau Rubenbauer von 100 Plätzen gesprochen hat. Das wurde nicht einmal annähernd von der Verwaltung dort eingereicht. Man habe auch nur eine Teilsanierung des Vereinshauses eingereicht. Sie wartet nun auf die schriftliche Antwort vom Bildungsministerium. Weiterhin sagt sie, dass das Gelände um das Vereinshaus auch erst einmal begradigt werden müsse.

Herr Flieger sagt, man sollte unabhängig vom Vereinshaus, diesen Plan B oder eventuell sogar Plan A einfach aufgreifen. Er möchte wissen, wie man nun weiter machen müsste um eine Kita zu positionieren. Weiterhin erkundigt er sich nach dem genauen Standort in dem Baugebiet.

Herr Grochowiak antwortet, dass es sich um das Waldstück zwischen Hauptstraße und dem Baugelände, direkt neben den Gebäuden, die dort schon stehen, handelt. Auf diesem Gelände vorn soll es platziert werden, auch bezüglich der Anfahrung. Dieses Gelände soll von der Hauptstraße direkt angefahren werden können. Dort wo der „Trampelpfad“ zurzeit ist, würde in etwa die Kita stehen.

Herr Sperling sagt, man sollte darüber nachdenken, das Vereinshaus abzureißen und auf dem Grundstück dann in Modulbauweise zu bauen.

Herr Ostländer sagt, dass die Idee war, Herrn Grochowiak einmal zuhören, um seine Ideen zu erfahren und abschätzen zu können, was so etwas kostet. Neue Ideen müssen im BA beraten werden. In der GV ist der Antrag drin, über Alternativen nachzudenken und das wäre eine Alternative, die dann zu erörtern wäre.

Herr Sperling sagt, dass es auch darum geht, dass das Ortsentwicklungskonzept der Gemeinde erst einmal den aktuellen Stand aufzeigt und wo sich die Gemeinde überhaupt hin entwickeln kann. Es bringt uns erst einmal in die Lage, zu sagen, wollen wir das überhaupt, sagt er. Aus seiner Sicht kann es nur eine Modulbauweise geben, die sich Stück für Stück entwickelt.

Vielleicht wolle man auch die Einwohnerzahl bei 8500 – 9000 belassen. Die Entscheidung diesbezüglich sei noch nicht getroffen, so Herr Sperling.

Herr Dr. Weßlau sagt, ihm haben im Gutachten zum Vereinshaus, die Kosten für einen Abriss und Neubau gefehlt.

Er ist der Meinung, dass man die Verwaltung ertüchtigen müsste mit der Fa. Irisgerd zu sprechen. Es wäre gut, wenn man die Kosten dann etwas straffer in einer Übersicht hat, denn soweit er informiert ist, war die Verwaltung schon so weit, dass es aufgrund der Kosten von 4,2 Mio. € eine europaweite Ausschreibung geben muss.

16. März 2020

Herr Eberst sagt es gehe erst einmal um die grundsätzliche Frage, wie es beschleunigt werden kann, dass die Firma Irisgerd dieses Grundstück bekommt, um dann darauf bauen zu können. Die Gemeinde müsse dem erst einmal zustimmen und der Firma Irisgerd einen städtebaulichen Vertrag geben. Danach könne man darüber entscheiden, was dort gebaut wird.

Herr Deichmann erkundigt sich bei Herrn Grochowiak, was er als Alternative hätte, wenn es kein Kindergarten wird.

Herr Grochowiak erklärt, dass anfangs die Villa Elisabeth in das Altbaugeschäft des ursprünglichen Grundstückes kommen sollte. Das hatte nicht geklappt. Dann erkundigten sie sich bei der Gemeinde nach anderen Wünschen/Vorstellungen. Seitens der Gemeinde hieß es, eventuell einen Kindergarten oder ein Ärztehaus. Die Fa. Irisgerd habe gesagt, sie seien grundsätzlich für alles offen. Egal, ob auf diesem Grundstück oder wenn es die Möglichkeit gibt, das Forstgrundstück zu tauschen, darauf. Sie wurden auch seitens Rewe angesprochen, ob sie eine Möglichkeit sehen, einen Rewemarkt zu bauen. Sie hätten auch ein Parkhaus gebaut, sagt Herr Grochowiak. Man müsse immer schauen, wo es einen Bedarf gibt. Die Firma Irisgerd ist grundsätzlich für jegliche Arten der Nutzung offen.

Herr Deichmann erkundigt sich, ob auch ein medizinisches Versorgungszentrum in Modulbauweise denkbar wäre.

Herr Grochowiak sagt, dass man jedes Gebäude in Modulbauweise errichten kann. Man könnte auch ein zwei-geschossiges Gebäude hinstellen und in der 1. Etage ein medizinisches Versorgungszentrum integrieren.

Er schlägt vor, seinen Architekten zu bitten, eine Planung für solch einen Kindergarten mit einer Kostenberechnung und einem Außenanlagenplan, zu erstellen. Diese würden sie einreichen, so dass die Verwaltung konkrete Angaben hat und weiß, welche Kosten zum jetzigen Zeitpunkt anfallen würden.

Herr Pöschk erkundigt sich, ob er es richtig verstanden hat, dass das Verfahren so wäre, dass die Fa. Irisgerd die Kita baut und die Gemeinde diese dann abkauft. Dies wäre eine Möglichkeit, über die man nachdenken sollte, da man so eine neue Kita hätte und das Vereinshaus trotzdem nicht verliert. Man müsse jedoch trotzdem darüber nachdenken, dass das Vereinshaus irgendwann einmal angefasst werden muss. Er gibt zu bedenken, dass die im Vereinshaus 2-fach verglasten Türen und Fenster, nach der neuen wärmeenergetischen Verordnung, auf 3-fach verglast geändert werden müssen. Diese Kosten können gespart werden, wenn man das Vereinshaus sukzessive anfängt. Denn wenn man sich im Vereinshaus auf die Kita konzentriert, müsste der Jugendclub, die Bibliothek und der Sport ausgelagert werden.

Herr Pöschk ist der Meinung, dass der Vorschlag etwas intensiver beraten werden sollte. Man solle der Fa. Irisgerd den städtebaulichen Vertrag so schnell, wie möglich geben, so dass sie weiterkommen. Dann kann man überlegen, was auf dem Grundstück gemacht wird.

Herr Gutzeit freut sich über eine Alternative, die auch weniger kostet.

Er erkundigt sich, ob er es richtig verstanden hat, dass die Firma die Kita auch an anderer Stelle bauen würde, wenn die Gemeinde ein Grundstück zur Verfügung stellen kann. Er möchte wissen, ob sich Herr Grochowiak auch vorstellen könnte, das zu bauen und über Miete oder Pacht zu finanzieren.

Herr Dr. Weißlau gibt zu bedenken, dass bereits für das Vereinshaus ein Anwaltsbüro beauftragt wurde und man dort bereits 10.000 € dafür bezahlt hat. Wenn die Kosten für den Entwurf in einem bestimmten Rahmen bleiben, wäre er sehr dafür, dass Herr Grochowiak einen Vorschlag abgibt.

Man darf jedoch nicht vergessen, dass das Vereinshaus der Gemeinde gehört. Wenn dort unten eine Kita reinkommt und das Haus richtig angefasst wird, kostet es eventuell etwas mehr, jedoch könnte man dann beispielsweise auch das Problem der fehlenden Räume für das Rathaus lösen.

Man sollte die Varianten einmal gegenüberstellen, um dann eine Entscheidung zu treffen.

Herr Ostländer bedankt sich bei Herrn Grochowiak, dass er gekommen ist und das so dargestellt hat.

Er sehe es auch so, dass das Vereinsheim zwingend erhalten werden muss. Er gibt zu bedenken, dass wenn dort unten ein Kindergarten reingebaut wird, das Jugendzentrum ausziehen und woanders hin gebaut werden müsste.

Außerdem müssten die Vereine auch woanders untergebracht werden. Ob das in dem gleichen Gebäude sein wird, kann er nicht sagen. Darüber habe sich bisher noch niemand Gedanken gemacht. Weiterhin merkt er an, dass dafür noch keinerlei Gelder in den Haushalt eingestellt wurden.

Frau Rubenbauer fasst zusammen, dass die Firma Irisgerd von der Gemeinde einen städtebaulichen Vertrag benötigt, um mit der Forst den Tausch vornehmen zu können und das Waldstück bebauen zu können. Es handelt sich um das Forstgrundstück und die Straße, so Herr Grochowiak.

Frau Rubenbauer erkundigt sich, ob es eine Option wäre, die Kita dort hinzubauen, wo einmal die Villa Elisabeth hin sollte.

Herr Grochowiak antwortet, dass dies aus verkehrstechnischer Sicht keine Option wäre.

Frau Rubenbauer erwähnt, dass die Stadt Wildau diesbezüglich keine Ausschreibung gemacht hat, sondern sich direkt an den Bauherren gewandt und ihm den Auftrag für die Kita gegeben habe. Das wurde dort von der GV ohne große Ausschreibung beschlossen.

Sie sagt das Ministerium / Land könne die Kommune mit Kitaplätzen nicht hängen lassen. Die Ausnahmegenehmigung gilt nur bis nächstes Jahr und damit sind sie der Gemeinde gegenüber eine Verpflichtung eingegangen. Wenn wir nun sagen, wir haben jemanden der uns innerhalb von 8 Monaten, wenn wir das Grundstück haben, modulbauweise eine Kita baut, lassen sie uns garantiert nicht hängen, so Frau Rubenbauer. Es ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde für Kitaplätze zu sorgen, sagt sie.

Weiterhin sagt sie, dass die Gemeinde noch ein Grundstück hätte, wo in modulweise eine Kita und ein Hortbereich ausgliedern werden könnte, so dass man den jetzigen Hortbereich freiziehen könnte und 10 Klassenräume zur Verfügung hätte.

Frau Rubenbauer erkundigt sich, ob der Architekt von Herrn Grochowiak kostenfrei einen Entwurf erstellt. Herr Grochowiak stimmt dem zu.

Sie findet das Angebot gut und bittet um einen Entwurf für 100 Kitaplätze.

Herr Ostländer sagt, die GV werden sich um den städtebaulichen Vertrag kümmern und dann schauen, wie es weiter geht.

Herr Pöschk erkundigt sich, ob es schon einen Plan gibt, wo die Straße des Baugebietes einmal auf die B246 rauslaufen soll.

Herr Maratzschek antwortet, dass sie damals eine Beschlussvorlage eingereicht haben. Diese wurde dann etwas sehr kurzfristig von einer Seite abgeändert. In der Beschlussvorlage hatten sie eine Straße definiert, die an der Grundstücksgrenze, wo das letzte Haus steht, nach oben auf die Hauptstraße führt. Das wurde bereits mit dem Landesstraßenbauamt abgeklärt, weil dort an anderer Stelle Einmündungen sind und das verkehrstechnisch einfach die logischste und beste Lösung ist.

Es arbeite nun die BEV daran, dass man eine Aufweitung der Straße machen kann und das auch mit dem Rad- und Fußgängerverkehr und dem abfließenden Straßenverkehr, von den Sichtachsen organisiert werden kann.

Das Verfahren wurde an dem Tag nicht beschlossen, da eine Untersuchung gemacht werden müsste, wo auf diesem Gelände diese Straße geführt werden kann. Das würde dazu führen, dass man dann ein sehr langwieriges B-Plan Änderungsverfahren, nur für diese Straße, vor sich hätte.

Sie werden nun für diese Straße eine Baugenehmigung beantragen. Die Straße soll etwas breiter gebaut werden, als es damals geplant war. Da es sich um eine Sache des öffentlichen Interesses handelt, kann eine Baugenehmigung in einem nicht umgesetzten B-Plan erteilt werden. Diese ist gerade in der Vorbereitung.

Das würde laut Aussage aller Planer und auch Juristen, bei weitem schneller gehen, als eine B-Plan Änderung.

Die Straße führt an der Grundstücksgrenze auf die Hauptstraße zu und deshalb kommt dann sozusagen auch dieses „gefangene“ Grundstück von dem Forst dort vorne zu Stande, erklärt Herr Maratzschek.

Zu dem städtebaulichen Vertrag / der Vereinbarung sagt er, dass bisher immer das Problem war, dass es eine Willensbekundung (das ist eine städtebauliche Vereinb.) der Gemeinde, dass dort etwas entwickelt werden kann, bis jetzt in dieser Art und Weise noch nicht gab.

Sie haben damals gesagt, dass sie einen Kindergarten bauen und diesen vermieten. Von der Verwaltung war die Aussage, dass das nicht gewünscht ist, weil die Firma Irisgerd dann über die Kitabeiträge von der Gemeinde ein Objekt finanziert bekommt. Deshalb kam es dann dazu, dass die Gemeinde dieses Grundstück oder dieses Gebäude kaufen wollte.

Da dort viele Menschen wohnen und auch in der Umgebung viel entsteht, haben sie gesagt, dort müsse infrastrukturell etwas getan werden. Es ist eine Kita, eine Nahversorgung und auch ein MVZ dringend notwendig, so Herr Maratzschek.

Dieses Grundstück dort vorne bietet sich an, weil es von der Verkehrsanbindung sehr gut ist. Man kann dieses Grundstück außerdem verkehrstechnisch gut erschließen. Die Kita auf dem bestehenden Gelände zu bauen hält er für schwierig, da es dort jetzt schon das Problem mit dem Verkehr gibt und es aufgrund des städtebaulichen Vertrages das Problem gäbe, die Außenflächen zu schaffen, weil dort öffentliche Straßen sind.

Sie haben alles soweit fertig, bis jetzt fehlt nur der Wille von der Gemeinde zu sagen, dort soll etwas gemacht werden, wir haben Interesse, dass dort etwas passiert und zum anderen die Idee, wie die Kita oder etwas anderes, übernommen werden soll.

Herr Dr. Weßlau bedankt sich. Er sagt, dass die Gemeindevertreter keine Experten sind und etwas benötigen womit man glaubhaft eine Entscheidung treffen kann. Er sagt, es gebe weiterhin die Möglichkeit die Kita an einen freien Träger zu übergeben. Der Nachteil hierbei wäre, dass man diesem eine Zusicherung geben

müsse, dass die Plätze auch besetzt werden. So könnte es sein, dass wenn der Bedarf zurückgeht, die Gemeinde aus ihrem Kitabereich diese Kita auffüllen muss, weil es der Vertrag so verlangt.

Man müsse eine Entscheidung treffen, ob kaufen, mieten oder freier Träger.

Herr Ostländer bedankt sich bei Herrn Grochowiak und Herrn Maratzschek von der Firma Irisgerd, für ihre Ausführungen.

Er denkt dies sei ein gangbarer Weg, der möglich wäre. Letztendlich müssen die Gemeindevertreter darüber entscheiden.

Herr Dr. Weßlau möchte abschließend wissen, wer das bei der Verwaltung beauftragt. Frau Rubenbauer sagt, sie wird es an die Verwaltung herantragen.

TOP 4 – Abschaffung der Straßenbaubeiträge und deren Auswirkungen - Satzungsänderung?

Herr Ostländer erklärt, dass seine Frage diesbezüglich war, ob man eine Satzungsänderung vornehmen müsste. Nach Rücksprache von Herrn Holm mit dem Bauamt, teilte er ihm mit, dass wir im Augenblick keine Satzungsänderung vornehmen dürfen, weil dort noch Beiträge, auf die alte Art und Weise, erhoben werden. Wenn man das jetzt ändern würde, könnte man rechtliche Probleme bekommen. Somit hat sich diese Frage nun für ihn erledigt.

Herr Dr. Weßlau würde gern noch einmal jemanden mit Sachverstand diesbezüglich in den FA oder BA einladen, um etwas über die neue Verfahrensweise zu erfahren.

Herr Ostländer wird sich kundig machen und schauen, ob er jemanden findet.

TOP 5 – Vergabe der Reinigungsarbeiten im Kinderdorf und Rathaus - Darstellung des Sachstandes

- entfällt -

TOP 6 – Bürgerfragestunde

- entfällt -

TOP 7 – Sonstiges

- entfällt -

Die Sitzung wird um 20:15 Uhr beendet.

Es findet kein nichtöffentlicher Sitzungsteil statt.



Jürgen Ostländer
Ausschussvorsitzender



Franziska Luckau
Protokollantin

